

Anzeige



Die Seite kann nicht a



Die Seite kann nicht a

Überregionales

- Tagesinhalt
- Thema des Tages
- Politik
 - Innenpolitik
 - Außenpolitik
 - Politische Literatur
- Dritte Seite
- Meinung
- Berlin
- Brandenburg
- Wirtschaft
- Sport
- Kultur
- Wissen & Forschen
- Interaktiv
- Medien
- Aus aller Welt
- Weltspiegel
- Sonderseiten
- Serien

Suche

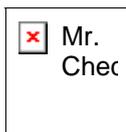
infoseek.de:

Medienpartner

- tagesspiegel.de
- meinberlin.de
- zitty.de

Service

- Abonnement
- Impressum
- Kontakt / Email
- Mediadaten Online



Nachrichten : Politik : Innenpolitik
22.06.2001

Bundeswehr**Scharping: Verstrahlte Techniker schnell entschädigen****Kommission bestätigt erhöhtes Strahlenrisiko bei der Deutschen Armee***Claudia Lepping*

"Generös bis an die Grenzen der Gesetze" will Bundesverteidigungsminister Scharping jene Radartechniker der Bundeswehr entschädigen, die in den 60er und 70er Jahren durch Röntgenstrahlung erkrankt sind. Entschädigungsfragen sollen noch in diesem Jahr "streitfrei" erledigt werden.

Der am Donnerstag vorgestellte Bericht des Bundeswehr-Arbeitsstabes unter der Leitung des früheren "Zeit"-Mitherausgebers Theo Sommer, stellt fest, dass in den sechziger und siebziger Jahren Radarpersonal zweifelsfrei Röntgenstrahl-Strahlen ausgesetzt war, die Leukämie auslösen können (der Tagesspiegel berichtete). Zwischen 400 und 1000 Techniker sind erkrankt oder bereits verstorben. Als Ursache für die Strahlenschädigungen werden drei Möglichkeiten genannt: mangelnde Belehrung, unzulängliche Sicherheitsvorkehrungen oder eigenmächtiges Ignorieren der Schutzvorschriften. Die erkrankten Männer oder deren Angehörige sollen jetzt in Fallgruppen unterteilt werden, um die bislang üblichen langen Anerkennungsverfahren zu verkürzen und die Versorgung zügig abzuwickeln.

Scharping kündigte an, "möglichst streitfreie und großzügige Lösungen" noch in diesem Jahr anzustreben. Zur finanziellen Größenordnung seiner Vorstellungen sagte er nichts. Er sagte zu, die Bundeswehr werde die früheren Arbeitsverhältnisse der mit Strahlung in Berührung gekommenen Mitarbeiter aufklären. Auch soll der Arbeitsschutz neu organisiert werden, um den Betroffenen lange Wege zu ersparen. Ein eigener Arbeitsstab soll verhindern, dass ausgeschiedene und aktive Bundeswehrangehörige von verschiedenen Behörden betreut werden und so wichtige Daten verloren gehen. Darüber hinaus will Scharping noch vor der Sommerpause ein Gespräch mit den erkrankten Radarmechnikern suchen.

An diesem Freitag will der Berliner Anwalt Geulen Schadensersatzforderungen von 135 früheren Radartechnikern vorstellen, die er vertritt. Er sieht in dem Bericht eine "starke Verharmlosung des Verschuldens der Bundeswehr", da diese bereits seit 1958 über die Strahlenrisiken Bescheid gewusst habe.

Mehr zum Thema Radar unter: <http://www.bundeswehr.de/>

<http://www.medicine-worldwide.de/>

Weitere Artikel zum Thema:

- [Scharpings Wort](#)

[Zum Seitenanfang](#)

2001 © PNN online